

An

Bundesministerium für Finanzen
z.Hd. Bundesminister Mag.Karl-Heinz Grasser
karl-heinz.grasser@bmf.gv.at

Himmelpfortgasse 8
1015 Wien

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
z.Hd. Bundesminister Dr. Martin Bartenstein
martin.bartenstein@bmwa.gv.at

Stubenring 1
1011 Wien

Wien, 6. Dez. 2006

Verband Österreichischer Software-Industrie spricht sich vehement gegen die Besteuerung von Software-Lizenzverträgen aus.

Sehr geehrter Herr BM Mag. Grasser!
Sehr geehrter Herr BM Dr. Bartenstein!

Die Softwarebranche – ein zentraler Jobmotor für die Zukunft der österreichischen Wirtschaft – soll mit neuen für Europa einzigartigen Verkehrssteuern kräftig zur Kasse gebeten werden. Im Zentrum der Überlegungen steht eine neue **Gebührenpflicht von Softwarelizenzverträgen**, die nach **bisher** gehandhabter Praxis sowie der herrschenden Meinung im Schrifttum als Werknutzungsverträge im Sinne des Urheberrechtsgesetzes zu sehen sind und daher **gebührenbefreit sind**.

Den jüngsten Erkenntnissen der höchst-gerichtlichen Rechtssprechung (VwGH) zufolge soll sich die Rechtspraxis nun schlagartig ändern. Denn auf Basis des jährlichen Umsatzvolumens für Software im geschäftlichen Bereich – der Umsatz der Softwarebranche wird zu rund 90% mit anderen Unternehmen erwirtschaftet – würde sich über derartige Softwarelizenzverträge **für den Staatshaushalt eine neue Einkommensquelle** eröffnen und damit eine **zusätzliche sinnlose Belastung der österreichischen Wirtschaft in der Höhe von rund €30 Mio. p.a. und mehr**. So könnten pro Einzelfall Hunderttausende Euro in die Kassen des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) gespült werden.

Die Vermutung liegt also nahe, dass hier mit mittelalterlichen Raubrittermethoden ein enormes Körpergeld für das BMF gesichert werden soll. Statt die im internationalen Vergleich ohnehin hohe Abgabenquote zu reduzieren, um weiterhin im globalen Standortwettbewerb mithalten zu können, sollen über die Hintertür neue Belastungen für die Unternehmer und deren Kunden eingeführt werden.

Dieses Vorhaben des Finanzministeriums weist der VÖSI als Vertreter der Österreichischen Softwareindustrie mit aller Entschiedenheit zurück.

Die neue Zwangssteuer hätte eine ganz klare Auswirkung: **Wettbewerbsnachteile für die österreichische Softwarebranche** und damit für einen zentralen wirtschaftlichen Zukunftssektor sowie die Erhöhung der IT Ausgaben für die heimische Wirtschaft.

Für die Österreichische Softwareindustrie steht dieses Belastungspaket im krassen Gegensatz zu den i2010 Lissabon-Zielen der EU. Die **Softwareindustrie stellt mit ihren rund 32.000 Beschäftigten das innovative und dynamische Herzstück des österreichischen IKT-Sektors** dar, der mit seinen 155.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entscheidend zur Produktivitätssteigerung und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes beiträgt. Allein der Software-Sektor in Österreich wendet pro Beschäftigtem rund € 44.000 an Personalausgaben pro Jahr auf und belegt somit Platz 2 im Vergleich zu allen anderen Dienstleistungsbranchen (nach dem Bereich „Forschung und Entwicklung“ mit € 47.000).

Wer neue zukunftssichere und gut bezahlte Jobs schaffen will, der muss den **Jobmotor Softwarebranche weiter voll laufen lassen**, wie es alle strategischen Pläne auf europäischer Ebene vorsehen. Dies würde auch dem österreichischen IKT-Masterplan der Bundesregierung aus dem Jahr 2005 entsprechen, um Österreich als Innovations- und Wissensstandort zu positionieren.

Wir fordern daher das Finanzministerium auf, auf diese Art von Zwangssteuern zu verzichten und damit einen wirtschaftspolitisch klugen Schritt zu setzen.

Im Sinne der Softwarebranche, aller Marktteilnehmer und damit der Entwicklung des Wirtschaftsstandortes und für neue hochwertige Arbeitsplätze ist das Belastungspaket rund um die Gebührenpflicht für Softwarelizenzverträge daher mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Wir vom VÖSI freuen uns, die Problematik und die Auswirkungen dieser zusätzlichen Belastung auf den Wirtschaftsstandort Österreich und die Innovationsfähigkeit der heimischen Softwareindustrie in einem Roundtable-Gespräch mit Ihnen zu erörtern.

Damit verbleibe ich im Namen der österreichischen Softwareindustrie mit freundlichen Grüßen

Prof. Ing. Peter Kotauczek
Präsident des VÖSI